

## Erst Zuckerbrot, dann Peitsche – Einige Hintergründe des Blutbades in Palästina

Der folgende, ins Deutsche übertragene Beitrag stammt von Norman G. Finkelstein, der ihn am 14. April 2002 auf seine Webseite gesetzt hatte (<http://www.normanfinkelstein.com>). Der Originaltitel lautet: «First the Carrot, then the Stick – Behind the Carnage in Palestine».

Finkelstein (geb. 1953, gegenwärtig Dozent für politische Wissenschaften an der City University von New York) ist der Verfasser der nur auf Englisch erhältlichen Bücher *Image and Reality of the Israel-Palestine Conflict* und *The Rise and Fall of Palestine*. Er verfasste unter dem Titel *Eine Nation auf dem Prüfstand. Die Goldhagen-These und die historische Wahrheit* (Düsseldorf 1998, vergriffen) eine kritische Analyse des voluminösen Pamphletes von Daniel Goldhagen (*Hitlers willige Vollstrecker*, 10. Aufl. Berlin 1996). Vor zwei Jahren veröffentlichte er das Werk *Die Holocaust Industrie – Wie das Leiden der Juden ausgebeutet wird* (München 2001). In der Einführung zu diesem Werk schreibt Finkelstein:

«Mein Vater wie meine Mutter waren Überlebende des Warschauer Ghettos und der Konzentrationslager der Nazis. Abgesehen von ihnen selbst sind alle Familienmitglieder meiner beiden Eltern von den Nazis ausgelöscht worden. Meine erste Erinnerung an die Massenvernichtung der Juden durch die Nazis ist, wenn ich so sagen darf, der Anblick meiner Mutter, die den Eichmann-Prozess (1961) wie gebannt im Fernsehen verfolgte, als ich von der Schule nach Hause kam (...)

Wie ich auf den letzten Seiten dieses Buches vorschlage, können wir durch das Studium der Massenvernichtung der Juden durch die Nazis nicht nur etwas über «die Deutschen» oder «die Nichtjuden» erfahren, sondern über uns alle. Wenn wir jedoch wirklich etwas aus der Massenvernichtung der Juden lernen wollen, so muss, wie ich glaube, deren physische Dimension verkleinert und die moralische Dimension vergrößert werden (...) Das war die wichtigste Lektion, die mir meine Mutter auf den Weg gab. Niemals hörte ich sie sagen: Du sollst nicht vergleichen. Meine Mutter stellte immer Vergleiche an. Zweifellos muss man historische Unterschiede machen. Doch wenn man moralisch zwischen «unseren» und den Leiden «jener» unterscheidet, ist das selbst eine moralische Farce. «Man kann von zwei Menschen im Elend», erklärte Plato, «nicht behaupten, der eine sei glücklicher als der andere.» Angesichts der Leiden der Afro-Amerikaner, Vietnamesen und Palästinenser lautete das Credo meiner Mutter stets: Wir sind alle Holocaust-Opfer.» In solcher Weise zog Finkelstein die menschlichen Konsequenzen aus den Schrecken des Nazi-Holocaust. Dies gibt ihm das moralische Recht, über die unmenschlichen Züge der gegenwärtigen israelischen Politik zu sprechen. Dass auch ein selbständiger palästinensischer Staat zu keinem Dauerfrieden im

Nahen Osten führen kann, steht auf einem anderen Blatt. Alles, was im Sinne der Selbstbestimmungsdoktrin Woodrow Wilsons zu ethnisch oder religiös definierten nationalstaatlichen Gebilden führen will, trägt den Keim des Antagonismus und der Zerstörung in sich. Eine ganz neue Form multikulturellen sozialen Zusammenlebens muss angestrebt werden, im Sinne des Dreigliederungsgedankens Steiners. Diese Perspektive wird aber geradezu vernichtet, solange die Mächtigen Israels weiterhin im amerikanischen Stil eine Art «Heiligen Krieg gegen den Terror» glauben führen zu müssen und zu dürfen, ohne den Terrorcharakter ihrer eigenen Kriegsführung kritisch zu beleuchten.

Thomas Meyer

Im Junikrieg 1967 besetzte Israel das Westjordanland und den Gazastreifen und vervollständigte damit die zionistische Eroberung des britischen Mandatsgebietes von Palästina. In der Zeit nach dem Kriege debattierten die Vereinten Nationen über die Modalitäten zu einer Beilegung des arabisch-israelischen Konfliktes. Bei der fünften Dringlichkeitssitzung der Generalversammlung, die unmittelbar nach dem Kriege zusammengekommen war, bestand «annähernd Einmütigkeit» über den Rückzug der Streitkräfte aus dem Gebiet der arabischen Anliegerstaaten, die während des kurz davor stattfindenden Krieges besetzt worden waren, da «jedermann der Ansicht ist, dass es keinen Gebietszuwachs durch militärische Eroberung geben sollte» (so fasste Generalsekretär U Thant die Debatte zusammen). In den folgenden Erwägungen des Sicherheitsrates wurde dieselbe Forderung auf einen völligen Rückzug Israels in Übereinstimmung mit dem Grundsatz der «Unzulässigkeit von Gebietszuwachs durch Krieg» in der Resolution 242 der Vereinten Nationen niedergelegt, zugleich mit dem Recht «jedes Staates in der Region auf Achtung seiner Souveränität». Eine noch geheime Studie des amerikanischen Außenministeriums kommt zu dem Schluss, dass die Vereinigten Staaten die «Unzulässigkeits-Klausel» 242 stützten, «geringfügige» und «von beiden Seiten gemachte» Grenzkorrekturen jedoch akzeptierten (Nina J. Noring und Walter B. Smith II, *Die Rückzugsklausel in der UN-Sicherheitsrats-Resolution 242 von 1967*).

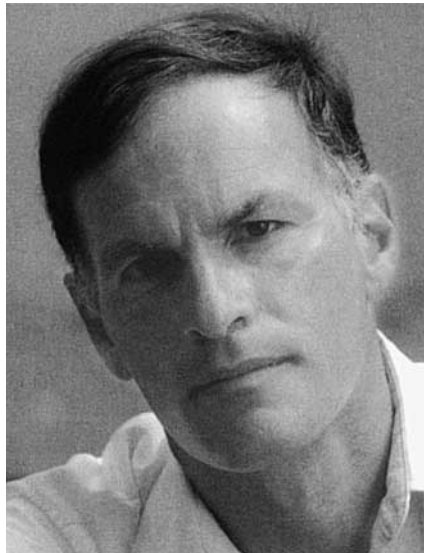
Der israelische Verteidigungsminister Moshe Dajan warnte später die Kabinettsminister davor, den 242er Erlass gutzuheißen, da «er einen Rückzug auf die Grenzen vom 4. Juni bedeutet und wir mit dem Sicherheits-

rat hinsichtlich dieses Beschlusses nicht einverstanden sind».

Beginnend in der Mitte der 1970er Jahre sorgte eine Modifikation der UN-Resolution 242, die den israelisch-palästinensischen Konflikt lösen sollte, für die Voraussetzungen zur Schaffung eines palästinensischen Staates im Westjordanland und auf dem Gazastreifen, sobald sich Israel auf die Grenzen von vor Juni 1967 zurückziehen würde. Außer den Vereinigten Staaten und Israel (und gelegentlich eines von den USA abhängigen Staates) stützte während des letzten Viertels des vergangenen Jahrhunderts eine internationale übereinstimmende Haltung die Formulierung vom vollen Rückzug resp. der vollen Anerkennung oder das sogenannte «Zwei-Staaten»-Abkommen. Die Vereinigten Staaten legten als einzige ihr Veto ein gegen die Resolutionen des Sicherheitsrates von 1976 und 1980, die ein Zwei-Staaten-Abkommen, das von der palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) und den angrenzenden arabischen Staaten unterstützt wurde, forderten. Im Dezember 1989 ging ein Beschluss der Generalversammlung mit ähnlichem Inhalt mit 151 zu 3 Stimmen (keine Enthaltungen) durch, die 3 ablehnenden Stimmen kamen von Israel, den Vereinigten Staaten und der Dominikanischen Republik.

Fast von Anfang an setzte sich Israel stets einem vollen Rückzug aus den besetzten Gebieten entgegen und bot den Palästinensern stattdessen eine Art südafrikanisches Bantustan an. Die PLO, die das internationale Übereinkommen akzeptiert hatte, konnte nicht als «Neinsager» abgetan werden, und so stieg der Druck auf Israel, das Zwei-Staaten-Abkommen zu akzeptieren. Infolgedessen marschierte Israel im Juni 1982 in den Libanon ein, wo sich der Hauptsitz der PLO befand, um das abzuwehren, was ein israelischer Kriegsanalytiker den «Friedensangriff» der PLO nannte (Avner Yaniv, *Probleme der Sicherheit*).

Im Dezember 1987 erhoben sich die Palästinenser im Westjordanland und im Gazagebiet in einem grundsätzlich gewaltlosen zivilen Aufstand (Intifada) gegen die israelische Besetzung. Israels brutale Unterdrückungsmaßnahmen (außergerichtliche Hinrichtungen, Massenverhaftungen, Hauszerstörungen, wahllose Folterungen, Deportationen und so weiter) brachten schließlich den Aufstand zum Erliegen. Zusammen mit dem Misserfolg der Intifada erlitt die PLO eine weitere Verminderung



Norman Finkelstein

ihres Erfolgs durch die Zerstörung des Irak, die Auflösung der Sowjetunion und das Ausbleiben von Finanzmitteln aus den Golfstaaten. Die Vereinigten Staaten und Israel nahmen diese Gelegenheit wahr, die bereits korrumpierte und jetzt verzweifelte PLO-Führung als Surrogat israelischer Macht hinzustellen. Dies ist die reale Bedeutung des Friedensprozesses, der im September 1993 in Oslo begann: ein palästinensisches Bantustan zu schaffen, dadurch dass man die PLO die Instrumente der Macht und Vorrechte deutlich spüren ließ.

«Die Besetzung dauerte an» nach

Oslo, bemerkte ein erfahrener israelischer Kommentator, «wenn auch mit Fernkontrolle und mit Zustimmung der Palästinenser, die durch ihren «einzigsten Repräsentanten», die PLO, vertreten waren.» Und weiter: «Es versteht sich von selbst, dass eine «Kooperation» auf der Basis des vorliegenden Machtverhältnisses nichts anderes ist als verhüllte israelische Herrschaft und dass palästinensische Selbstverwaltung nur eine Umschreibung für Bantustanisierung heißt.» (Meron Benvenisti, *Intimfeinde*).

Nach sieben Jahren des Aufnehmens und des wieder Abbrechens von Verhandlungen und einer Reihe von neuen Abkommen, die nur dazu führten, den Palästinensern die wenigen Krumen, die von des Herren Tisch in Oslo gefallen waren, wieder wegzunehmen (die Anzahl jüdischer Siedler in den besetzten Gebieten hatte sich in der Zwischenzeit tatsächlich verdoppelt), kam der Augenblick der Wahrheit in Camp David im Juli 2000. Präsident Clinton und Premierminister Barak stellten Arafat das Ultimatum, entweder formell in ein Bantustan einzuwilligen oder die volle Verantwortung zu tragen für den Zusammenbruch des «Friedensprozesses». Und wie zu erwarten war – Arafat lehnte ab. Entgegen dem Mythos, den Barak-Clinton ebenso wie die gefügigen Medien schufen, bot Barak «palästinensische Souveränität in Wirklichkeit lediglich als Dekor» an, berichtet ein Sonderberater im britischen Außenministerium, «während mit der Unterjochung der Palästinenser fortgefahren werden sollte (*The Guardian*, 10. April 2002; für Einzelheiten und den entscheidenden Hintergrund, siehe Roane Carey, ed., *Die neue Intifada*).

Man betrachte in diesem Zusammenhang Israels Reaktion auf den letzten saudischen Friedensplan. Ein is-

raelischer Kommentator, der in *Haaretz* schreibt, bemerkt dazu, dass der saudische Plan «jenem überraschend ähnlich sei, von dem Barak sagt, dass er ihn vor zwei Jahren vorgeschlagen habe». Wäre Israel wirklich willens, sich völlig zurückzuziehen, um im Gegenzug die Normalisierung mit der arabischen Welt zu gewinnen, so hätte der saudische Plan und dessen einhellige Unterstützung durch den Gipfel der arabischen Liga euphorisch begrüßt werden müssen. In Wirklichkeit rief er in Israel tödliche Stille hervor (*Aviv Lavie*, 5. April 2002). Dessen ungeachtet liefert Baraks und Clintons Betrug, dass nämlich die Palästinenser in Camp David ein höchst großzügiges israelisches Angebot abgelehnt hätten, eine entscheidende moralische Rechtfertigung für die Greuel, die folgten.

Da die Politik des Zuckerbrotes versagt hatte, holte Israel jetzt die große Peitsche. Zwei Vorbedingungen mussten jedoch erfüllt werden, bevor Israel mit seiner überwältigenden militärischen Überlegenheit zum Zuge kommen konnte: Es brauchte «grünes Licht» von den Vereinigten Staaten und einen ausreichenden Vorwand. Schon im Sommer 2000 berichtete die maßgebliche *Jane's Information Group*, dass Israel seine Planung für eine massive und blutige Invasion der besetzten Gebiete abgeschlossen habe. Aber die USA erhoben Einspruch gegen den Plan, und auch Europa brachte klar seine Ablehnung zum Ausdruck. Nach dem 11. September machten die USA jedoch mit. Tatsächlich passte Shavons Ziel, die Palästinenser niederzuzwingen, grundsätzlich zu dem Ziel der amerikanischen Regierung, die Ungeheuerlichkeit der Attacke auf das World Trade Center auszunutzen, um die letzten Reste des arabischen Widerstandes gegenüber einer totalen Herrschaft Amerikas zu eliminieren. Durch bloße Willensbekundung und trotz einer ungeheuer korrupten Führung haben sich die Palästinenser als die unverwundlichste und widerspenstigste Volkskraft in der arabischen Welt erwiesen. Diese in die Knie zu zwingen würde der ganzen Region psychologisch einen verheerenden Schlag versetzen.

Mit grünem Licht aus den USA fehlte jetzt Israel nur noch der Vorwand. Vorhersagbar eskalierte es den heimtückischen Mord an palästinensischen Führern bei jeder Pause von palästinensischen Terrorangriffen. «Nach der Zerstörung der Häuser in Rafah und Jerusalem handelten die Palästinenser weiter zurückhaltend», beobachtete Shulamith Aloni von Israels Meretz Partei. «Sharon und sein Kriegsminister, die offensichtlich befürchteten, dass sie an den Verhandlungstisch würden zurückkehren müssen, beschlossen etwas zu tun und so liquidierten sie Raad Karmi. Sie wussten, dass darauf ei-

### Ein jüdischer Philosoph über die Politik Israels in den besetzten Gebieten

Ein Jeshajahu Leibowitz (1903-1993), der in Basel seinen Dr. med. gemacht hatte, sich dann der Philosophie und den Naturwissenschaften zuwandte, 1934 als Zionist nach Palästina ausgewandert ist, dort an die Hebräische Universität Jerusalems berufen und Chefredaktor der Hebräischen Enzyklopädie wurde, ein von Maimonides beeinflusster gläubiger Jude, den der frühere israelische Staatspräsident Ezer Weizman als «einen der größten Menschen des jüdischen Volkes und des Staates Israel seit Generationen» gewürdigt hatte – dieser ganz außergewöhnliche Mann hat in seiner Kritik an der Politik Israels von «Juden-Nazis» gesprochen und die israelischen Soldaten schon vor mehr als einem Jahrzehnt aufgerufen, den Waffendienst in den besetzten Gebieten zu verweigern.

Die Folgen der israelischen Besatzungspolitik bezeichnet er als «Nazisierung Israels»: «Wenn wir von Terroristengruppen sprechen, dann ist der Hamas eine und die Sondereinheiten (Israels, A.K.) sind auch solche.» Und schon vor dreißig Jahren warnte Leibowitz, die Ursachen des Konflikts mit den Palästinensern seien in der Besetzung zu suchen, in der Herrschaft über ein fremdes Volk: «Israel wollte in der Vergangenheit keinen Frieden und will auch heute keinen Frieden, sondern ist allein an der Aufrechterhaltung der Herrschaft über die besetzten Gebiete interessiert ... Das Streben und Trachten des heutigen Israel zielt auf die Erhaltung einer jüdischen Gewaltherrschaft über ein anderes Volk.» Auf den Ausspruch der früheren israelischen Ministerpräsidentin Golda Meir hinweisend, es gebe gar kein palästinensisches Volk, meinte Leibowitz: «Das ist Völkermord.» Und ein Ariel Sharon pflege «einen Nationalismus ohne Kultur und Werte».

Auf die Frage, ob er nicht übertreibe, wenn er von «Juden-Nazis» spreche, antwortete Leibowitz: «Wir verhalten uns schon so in den besetzten Gebieten, der West-Bank, dem Gazastreifen und im Libanon, wie sich die Nazis in den von ihnen besetzten Gebieten in der Tschechoslowakei und im Westen verhalten haben.» Aber den Staat Israel als solchen nahm Leibowitz ausdrücklich vom Vorwurf der «Nazisierung» aus: «Rede- und Pressefreiheit existieren bei uns noch in hohem Masse. Deshalb wehre ich mich mit allen Kräften dagegen, wenn Gäste aus dem Ausland behaupten, Israel sei ein faschistischer Staat.» Im selben Atemzug jedoch warf er den Israelis vor, «keine anderen Wertinhalte» zu kennen «als die jüdische Faust». Doch «die gesamte Kraft dieser jüdischen Faust liegt nur darin, dass sie einen amerikanischen Stahlhandschuh trägt, wunderbar gepolstert mit amerikanischen Dollar-Noten ... Wir haben uns selbst in eine Situation hineinmanövriert, in der der Staat Israel keine Freunde mehr auf der gesamten Welt besitzt ... »

Aus einem Artikel von Arnold Künzli,  
*Basler Zeitung*, 9. Mai 2002

ne Reaktion erfolgen würde und dass wir den Preis mit dem Blut unserer Bürger bezahlen würden» (*Yediot Aharonot*, 18. Januar 2002). In der Tat suchte Israel verzweifelt nach dieser blutigen Antwort. Sobald die palästinensischen Terrorangriffe die gewünschte Schwelle überschritten, war Sharon in der Lage, den Krieg zu erklären, um die praktisch wehrlose palästinensische Zivilbevölkerung zu vernichten.

Nur dem, der absichtlich die Augen verschließt, kann es entgehen, dass die gegenwärtige israelische Invasion des Westjordanlandes eine exakte Wiederholung der Invasion des Libanon vom Juni 1982 ist. Um das palästinensische Ziel eines unabhängigen Staates neben Israel – der «Friedensoffensive» der PLO – zunichte zu machen, machte Israel im August 1981 Pläne für einen Einmarsch in den Libanon. Um diese Invasion starten zu können, benötigte man grünes Licht von der Reagan-Regierung und einen Vorwand. Zum großen Kummer Israels und trotz vielfältiger Provokationen von seiner Seite konnte es keinen palästinensischen Angriff an seiner Nordgrenze auslösen. Es steigerte folglich seine Luftangriffe auf den südlichen Libanon, und nach einem besonders mörderischen Angriff, der zweihundert Tote unter der Zivilbevölkerung (darunter 60 Tote eines palästinensischen Kinderkrankenhauses) zurückließ, schlug die PLO schließlich zurück und tötete einen Israeli. Mit diesem Vorwand und dem jetzt erhaltenen grünen Licht der Reagan-Regierung begann Israels Invasion. Mit demselben Slogan «Den palästinensischen Terror ausmerzen» ging Israel daran, eine wehrlose Bevölkerung niederzumachen, indem es 20.000 Palästinenser und Libanesen, fast alles Zivilisten, tötete.

Das Problem bei der Bush-Regierung sei, wie man uns wiederholentlich sagte, dass sie im Mittleren Osten unzureichend engagiert sei, ein diplomatisches Vakuum, das Colin Powells Mission ausfüllen solle. Aber wer gab Israel grünes Licht, dass es die Massaker ausführen konnte? Wer lieferte Israel die F16 und die Apache-Helikopter? Wer legte ein Veto ein gegen die Resolutionen des Sicherheitsrates, die internationale Beobachter forderten, um die Verringerung der Gewalt zu überwachen? Und wer blockierte schlichtweg den Vorschlag der Spitzenvertreterin für Menschenrechte bei den Vereinten Nationen, Mary Robinson, die zur Sammlung von Fakten ein Team in die palästinensischen Gebiete schicken wollte? (*IPS*, 3. April 2002).

Man bedenke einmal das folgende Szenario. A und B werden des Mordes angeklagt. Die Beweislage zeigt, dass A dem B die Mordwaffe lieferte, A gab B das «Alles-klar»-Zeichen, und A hielt die Zuschauer davon

ab, auf die Schreie des Opfers zu reagieren. Würde der Urteilspruch lauten, dass A nur unwesentlich beteiligt war oder dass A genauso des Mordes schuldig ist wie B?

Um den palästinensischen Widerstand zu brechen, schlug dieses Jahr ein älterer israelischer Offizier der Armee vor, «die Lektion, wie die deutsche Armee im Ghetto von Warschau vorgegangen war, zu analysieren und sich zu eigen zu machen» (*Haaretz*, 25. Januar 2002, 1. Februar 2002). Wenn man die jüngsten israelischen Menschenopfer im Westjordanland bedenkt, wenn man bedenkt, wie palästinensische Ambulanzen und medizinisches Personal unter Beschuss genommen werden, wie auf Journalisten gezielt geschossen wird, wie palästinensische Kinder «zum Spass» getötet werden (Chris Hedges, ehemaliger Bürochef der *New York Times* in Cairo), wie palästinensische Männer zwischen 15 und 50 eingekreist, mit Handschellen und mit Augenbinden versehen werden, wie ihnen Nummern auf den Handgelenken angebracht werden, wie die Festgenommenen wahllos gefoltert werden; wenn man den Entzug von Essen, Wasser, Licht und medizinischer Hilfe für die palästinensische Zivilbevölkerung sieht, die uneingeschränkten Angriffe auf palästinensische Nachbargebiete, den Gebrauch palästinensischer Zivilisten als Schutzschild, das Niederwalzen palästinensischer Wohnungen, in denen die Bewohner im Innern zusammengekauert sind, durch Bulldozer – so entsteht der Eindruck, dass die israelische Armee dem Rat des Offiziers Folge leistet. Indem Elie Wiesel – der Hauptsprecher der Holocaust-Industrie – jegliche Kritik als durch Antisemitismus motiviert abtut, gab er Israel uneingeschränkte Rückendeckung, indem er «den großen Schmerz und die große Angst» betonte, die dessen tobende Armee durchleide (*Reuters*, 11. April, CNN, 14. April).

Inzwischen beschwor der portugiesische Nobelpreisträger für Literatur, Jose Saramago den «Geist von Auschwitz» herauf, indem er die von Israel begangenen Greuel beschrieb, während ein belgischer Parlamentarier erklärte, dass Israel «aus dem Westjordanland ein Konzentrationslager mache» (*The Observer*, 7. April 2002). Israelis sämtlicher politischer Lager schrecken schockiert vor solchen Vergleichen zurück. Doch wenn Israelis nicht beschuldigt werden wollen, Nazis zu sein, dann sollten sie einfach aufhören, wie Nazis zu handeln.

*Aus dem Englischen übersetzt von Helga Paul*